

Am 16.1.2018 wurde in Darmstadt das **Unwort des Jahres 2017** vorgestellt: „**alternative Fakten**“. Geprägt hat den Begriff die Beraterin von Präsident Trump Kellyanne Conway im Zusammenhang mit der Behauptung, zur Amtseinführung des US-Präsidenten seien mehr Menschen gekommen als bei all seinen Vorgängern. Anhand von Videoaufnahmen ließ sich das leicht widerlegen. Was man in einem satirischen Zusammenhang als gelungenen sprachlichen Gag bezeichnen könnte, stimmt jedoch bedenklich, wenn man sich klar macht, dass weltanschaulich verbrämte Behauptungen in den sozialen Medien, noch verstärkt durch social bots (menschliche Verhaltensmuster simulierende Roboter), immer mehr dafür sorgen, dass in einer unübersichtlichen Welt solche Behauptungen von vielen Menschen für wahr gehalten werden und die daraus erwachsenden Konsequenzen für „**alternativlos**“ (Unwort des Jahres 2010). Die hinter den jeweiligen Narrativen stehenden Machtansprüche und Interessen verblassen dagegen. Wie verhält es sich grundsätzlich mit unserem Wissen und seiner Entstehung im gesellschaftlichen Diskurs? Ausgehend von der ursprünglichen sprachlichen Bedeutung des Wortes gibt Nina Janich (Abitur 1988) in ihrem Essay einen Überblick.



Prof. Dr. Nina **Janich** studierte Germanistik, Geschichte, Publizistik und Philosophie in Marburg, Mainz und Regensburg. Promotion und Habilitation erfolgten ebenfalls an der Universität Regensburg. Seit 2004 ist sie Professorin für Germanistische Linguistik an der TU Darmstadt mit Forschungsschwerpunkten in Wissenschaftskommunikation, Werbelinguistik, Sprachkritik/Sprachkultur und Text-/Diskurslinguistik. Als Sprecherin vertritt sie die sprachkritische Aktion "Unwort des Jahres" (s. Infokasten am Ende des Beitrags). Nina Janich lebt mit ihrem Mann, ebenfalls einem Ehemaligen, und ihren drei Kindern in Zwingenberg an der Bergstraße.

VOM OFFENSICHTLICHEN UND VON BLINDEN FLECKEN IN WISSENSCHAFT UND ÖFFENTLICHKEIT.

Diskurslinguistische Betrachtungen

Vorbemerkung

Der folgende Essay beruht auf der einen Seite auf eigenen Forschungen, d.h. auf Projektergebnissen und Beispielen aus eigenen Studien, auf der anderen Seite auf einer breiten erkenntnistheoretischen und wissenssoziologischen und kommunikationswissenschaftlichen Literatur zum Thema **Wissen** vs. **Nichtwissen**. Einen aktuellen interdisziplinären Überblick bietet zum Beispiel das „International Handbook of Ignorance Studies“ von Michael Gross und Linsey McGoey (2015). Da es sich hier aber um einen Essay handelt, der eher assoziativ an das Thema herangeht, wird nicht – wie in der wissenschaftlichen Literatur normalerweise zwingend erforderlich – im Detail zitiert und belegt, woher die hier formulierten Gedanken und vertretenen Positionen kommen. Stattdessen wird zur Anregung auf einige wenige Literaturtitel verwiesen, in denen bei Interesse genauer nachgelesen werden kann.

Wer Augen habe, der sehe

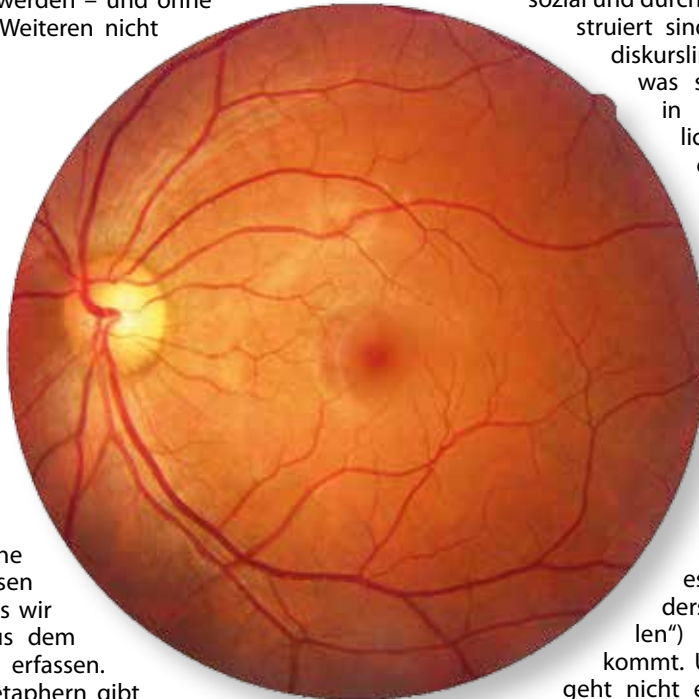
Das deutsche Verb *wissen* bedeutet von seiner Wortherkunft her eigentlich ‚gesehen haben‘. Es ist ein sogenanntes Präteritopräsentium: ein Verb, dessen früheres Präteritum zu einem neuen Präsens aufgestiegen ist und das ursprüngliche

Präsens verdrängt hat. Dabei hat sich auch die Bedeutung des ursprünglichen Verbs gewandelt: *wissen* meint in diesem Sinn also nicht mehr einen Prozess des Sehens, sondern etwas Abgeschlossenes – so etwas wie das Ergebnis des Sehens, Anschauens, Erkennens. Auch andere deutsche Wörter, die sich auf Erkenntnisprozesse beziehen, speisen sich aus diesem metaphorischen Feld des Sehens: etwas ist zum Beispiel *glasklar* und deshalb *augenscheinlich* („scheint offen vor den Augen zu liegen“), *offensichtlich* („ist offen zu sehen“) oder *ersichtlich* („kann klar gesehen und damit erkannt werden“), man muss es sich nur *vor Augen führen* („sich klar machen“), damit es *einleuchtet* („indem das Dunkel erhellt wird“) – zumindest wenn man *einsichtig* ist („etwas einsieht“). Wissen lässt sich *anschaulich* („so dass man es gut anschauen/ansetzen und dadurch verstehen kann“) und aus verschiedenen *Perspektiven* bzw. *Blickwinkeln* („Blickrichtungen“) vermitteln, um jemandes *Horizont* („Begrenzung seines Sichtfeldes“) *mit Blick auf* („auf etwas schauend“) den Erkenntnisgegenstand zu erweitern. Wo keine Erkenntnis, kein Wissen, kein ‚Gesehenes‘ ist, müssen diese Wörter im Deutschen entweder explizit verneint werden (z.B. *nicht ersichtlich*, *nicht offensichtlich*,

uneinsichtig, unanschaulich) oder durch Metaphern und idiomatische Wendungen umschrieben werden: wenn jemand zum Beispiel *Scheuklappen aufhat* (weil wie beim Pferd ‚nur eine bestimmte Blickrichtung offen ist‘) oder *er den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht* (er also ‚das Offensichtliche nicht erkennt‘), fallen ihm die *blinden Flecken* (‚Lücken im Wissen/etwas, was er nicht weiß‘) gar nicht auf – dann bedarf es mehr, bis es ihm *wie Schuppen von den Augen fällt* (bis ‚der Blick endlich offen ist‘). Dann bedeutet *Einsicht* auch, nicht *offenen Auges* etwas Falsches zu tun. Dieser Kontrast zwischen dem Gesehenen-Erkannten und dem Nichtsichtbaren-Verdeckten (und deshalb Unverstandenen und nicht Akzeptierten), aber auch zwischen dem Einsichtigen und dem Uneinsichtigen, steht im Mittelpunkt dieses Essays. Es soll damit eine etwas andere Sicht auf Evidenz (‚das, was sichtbar geworden ist‘) gewonnen werden – und ohne Metaphern wird es wohl auch im Weiteren nicht ganz gehen.

Als Blinder Fleck wird in der Augenheilkunde die Stelle des Gesichtsfelds bezeichnet, auf die sich jeweils die Austrittsstelle des Sehnervs im Außenraum projiziert. Da sich hier, am Discus nervi optici mit der Papille des Sehnervkopfs, keine Lichtrezeptoren der Netzhaut befinden, stellt diese Stelle einen „blinden Fleck“ für die entsprechende Gesichtsfeldregion dar und weist lokal so physiologisch einen absoluten Gesichtsfeldausfall auf.

Wikipedia



Das hier skizzierte metaphorische Sprechen verweist darauf, dass Wissen für uns etwas so Abstraktes ist, dass wir versuchen, es über Metaphern aus dem Feld unserer Alltagserfahrung zu erfassen. (Neben den Sehen- und Augen-Metaphern gibt es im Deutschen für Wissen und Erkennen übrigens noch eine ganze Reihe von Metaphern, die mit Haptik, mit Händen und konkreter Greifbarkeit zu tun haben: *etwas begreifen*, *etwas erfassen*, *etwas griffig darstellen*, *der Gedanke ist zum Greifen nah* usw.). Die verwendeten Metaphern spiegeln damit auch die Art und Weise, wie wir Wissen verstehen bzw. zu beschreiben und zu konkretisieren versuchen. Laut kognitionslinguistischen Metaphertheorien wie der sehr prominenten von George Lakoff und Mark Johnson (1980) stehen solche Metaphernfelder für bestimmte Wahrnehmungsmuster: Wenn wir über *wissen* mittels Metaphern wie über *sehen* oder auch über *greifen/anfassen* reden, dann assoziieren wir auch alle möglichen Merkmale der Sichtbarkeit und der Greifbarkeit mit Wissen, d.h. wir heben in einem solchen Sprechen über Wissen bestimmte Bedeutungsaspekte besonders her-

vor und rücken andere in den (weniger *sichtbaren*) Hintergrund: z.B. dass es entweder nur darum geht, die Augen aufzumachen, um das sowieso Sichtbare zu erkennen (nichts anderes meint das lateinische Wort *Evidenz*) – oder aber dass etwas Verdecktes, Verborgenes (und deshalb Nichtsichtbares) durch einen Akt der Aufdeckung oder Enthüllung greifbar/begreifbar gemacht werden kann. Mit metaphorischen Konzepten dieser Art konzentrieren wir uns also auf bestimmte Bedeutungsaspekte eines abstrakten Begriffs und blenden andere aus: Wenn das, was wir noch nicht wissen, nur noch der Entdeckung (sehend und ergreifend) bedarf, dann suggeriert dies, dass dieses Wissen unabhängig von uns bereits irgendwo existiert. Dass also wahr ist, was wirklich ist, und dass Wissen das Erkennen dieses Wirklichen ist.

Eine solche begriffliche Fokussierung verdeckt aber eben auch bestimmte Bedeutungsaspekte – sie passt nicht zu ganz anderen semantischen Konzepten des Wissensbegriffs. Die Neurowissenschaften beispielsweise werden andere Vorstellungen von Wissen und Erkenntnis haben, die sich kaum mit diesem *handfesten* Begriff von Wissen als Sehen und Erfassen vertragen werden – auch wenn sie selbst unter anderem versuchen, durch bildgebende Verfahren Erkenntnisprozesse, verstanden als Gehirnaktivitäten, im wörtlichen Sinn *sichtbar* zu machen. Diese alltagssprachliche Sicht auf Wissen widerspricht aber auch dem diskurslinguistischen Verständnis,

dass Wissen und Nichtwissen in erster Linie sozial und durch Kommunikation konstruiert sind. Als Wissen gilt im diskurslinguistischen Sinn das, was sich im Diskurs, d.h. in einem gesellschaftlichen Kommunikationsprozess zu einem bestimmten Thema, als gültig durchgesetzt hat oder zumindest mit ausdrücklichen Geltungsansprüchen versehen ist. Kennzeichen von Diskursen ist dabei, dass die dort verhandelten Themen meist strittig bzw. konfliktträchtig sind und es daher auch zu widersprüchlichen („agonalen“) Geltungsansprüchen kommt. Und das bedeutet: Es geht nicht einfach um das, was wahr und wirklich und schon deshalb evident ist (weil das eben nicht immer für alle Diskursbeteiligten gleichermaßen offensichtlich ist), sondern es geht auch um die Macht und die *Sichtbarkeit* (hier metaphorisch für ein öffentliches Rederecht) von Akteuren, die die Geltung des jeweiligen Wissens beanspruchen. In Diskursen werden agonale Geltungsansprüche bezüglich verschiedener Wissensbestände ausgehandelt, durchgesetzt oder verworfen, und diese Aushandlungsprozesse haben nicht zuletzt Auswirkung darauf, wer gesellschaftlich wofür als Wissensautorität bzw. als Experte angesehen wird.

Wirtschaftswerbung zum Beispiel für Kosmetik und Körperpflege beruft sich gern auf firmeneigene Forschungslaboratorien, auf dermatologische Studien und wissenschaftliche Tests. Dabei geht es aber nicht darum, ein bestimmtes

wissenschaftliches Wissen zu erklären oder *anschaulich* und damit *greifbar* zu machen. Nein, es genügt in solchen Kontexten schon die Sichtbarkeit des Akteurs, der dieses Wissen ‚produziert‘, nämlich die der Wissenschaft: Wo Laboreinrichtungen, Menschen in weißen Kitteln oder wissenschaftlich anmutende Darstellungsformen wie Graphen, mikroskopische Vergrößerungen oder Molekülmodelle gezeigt werden können, genügt die „ikonische“ Ähnlichkeit zu dem, was man sich allgemein unter wissenschaftlichen Praktiken vorstellt, um zeichenhaft („semiotisch“) Autorität im Diskurs zu erzeugen. Der Wissenschaft (d.h. vor allem den Natur- und Lebenswissenschaften) wird in Medien, Wirtschaft und Politik unterstellt und zugetraut, dass sie wie niemand sonst für Evidenz sorgen kann, wenn es um Wissen und Wahrheit geht. Unstrittig evident ist für westliche Gesellschaften in der Regel das, was durch wissenschaftliche Methoden sichtbar gemacht und damit bewiesen werden kann. Dass Nichtwissen, Unsicherheit, Zweifel und Kontroverse ein genuiner und auch wichtiger Teil von Wissenschaft sind, wird dabei nicht selten vergessen – auch dass es möglicherweise mehr um Plausibilität und Wahrscheinlichkeit als um Gewissheit und in diesem Sinn unmissverständlich Offensichtliches geht.

Wissen und Nichtwissen

Geht man also von der sozialen Konstruktion von Wissen im Diskurs aus – denn auch die Wissenschaft irrt ja, äußert kontroverse Positionen, erklärt altes Wissen aufgrund neuer *Sichtweisen* für überholt –, dann empfiehlt es sich, verschiedene Geltungsgrade von Wissen (bzw. komplementär: Zuschreibungen von Nichtwissen) zu unterscheiden.

- So lässt sich ein *known known* als ein Wissen verstehen, das gesellschaftlich etabliert ist, dessen Geltungsansprüche also bereits erfolgreich diskursiv durchgesetzt sind. Die Wissenschaft weiß beispielsweise eine Menge über chemische Schadstoffe und ihre jeweiligen gesundheitsgefährdenden Potenziale. Auf Basis dieses Wissens werden von Politik und Wirtschaft Grenzwerte festgelegt, die die Menge des Vorkommens solcher Stoffe in Produkten, Luft, Wasser usw. so regeln sollen, dass die Gesundheit von Mensch und Tier nicht gefährdet wird.
- Dem steht ein ähnlich sozial konstruiertes *known unknown* gegenüber. Hierunter fallen bekannte oder geahnte *blinde Flecken* und Wissenslücken, über deren mögliche Beschaffenheit und Ausmaß nur im Vergleich zu Beschreibungsebenen von Wissen gesprochen werden kann: Wo ein *knowing that* fehlt (z.B. wie genau sich welche verschiedenen Schadstoffe in Wasser oder Boden vermischen und im Zuge chemischer Prozesse ganz neue Schadpotenziale entwickeln), dort handelt es sich um ein *propositionales* Nichtwissen. Wo ein *knowing how* fehlt (z.B. wie diese unbeabsichtigten chemischen Prozesse unterbunden werden können oder ihnen großflächig entgegengewirkt werden kann, weil ihre vielfältige Wechselwirkungen gar nicht ohne weiteres experimentell vorweggenommen werden können), dort könnte man von instrumentellem Nichtwissen sprechen. Und wo ein *knowing why* fehlt (z.B. ob und wenn ja, welche Schädigungen/Krankheiten bei Organismen auf einzelne dieser neuen chemischen Verbindungen zurückzuführen sind), fehlt Kausal- oder Begründungswissen. (Zu den hier angeführten Beispielen kann bei Martin Scheringer (in Janich/Rhein im Druck) genauer nachgelesen werden.)
- Das *unknown unknown* ist demgegenüber mehr als ein blinder Fleck – worüber wir gar nichts wissen, lässt sich

auch nicht sprechen und auch nicht diskursiv verhandeln. Mit diskursiv konstruiertem Nichtwissen kann also immer nur das *known unknown* gemeint sein.

- Neben dem *known known* und dem *known unknown* kann aber auch noch ein *unknown known* in den Blick genommen werden – eine Form des eben nicht breit akzeptierten und damit im gesellschaftlichen Diskurs *verdeckten* (oder auch *verdeckt gehaltenen*) Wissens. Das *unknown known* hat möglicherweise keine ausreichend starke Stimme im Diskurs, gewinnt seine Evidenz aus anderen Quellen oder wird von anderweitigen Geltungsansprüchen überlagert oder verdrängt. Mitunter wird es daher in Anspielung auf die *Ilias* von Homer auch ‚Kassandrawissen‘ genannt – ein Wissen, das auch eine Last sein kann. Ein solches *unknown known* wird dann oft in sogenannten Gegendiskursen verhandelt, d.h. die (vermeintlich irgendwie homogene) Öffentlichkeit zerfällt durch Zustimmung zu unterschiedlichen Wissensbeständen in Teilöffentlichkeiten. Mit Teilöffentlichkeiten können dabei sowohl verstreut geteilte Ansichten gemeint sein als auch identifikatorisch wirkende Subkulturen oder hochgeschätzte *epistemic communities*. Das Verhältnis zwischen verschiedenen Teilöffentlichkeiten kann sehr unterschiedlich durchlässig und dynamisch sein: von esoterisch-dauerhafter Abgrenzung bis hin zu Überlappungen und zur ambivalenten Zustimmung zu alternativen oder gar konträren Wissensbeständen. In Deutschland gehört die Homöopathie zum Beispiel zu einem Wissensbestand, der sowohl entschiedene Gegner wie Anhänger hat. Sie wird aber auch von vielen praktiziert, die sich mit der Anwendung homöopathischer Mittel keineswegs gegen anerkannte schulmedizinische Behandlungsmethoden stellen, sondern die schlicht auch diesen therapeutischen Weg einmal ausprobieren wollen, unabhängig von jeder wissenschaftlichen Evidenz. Selbst wenn jemand also ein Wissen als wissenschaftlich erwiesen anerkennt, hat dies nicht unbedingt Auswirkungen auf seine individuellen Einstellungen und Handlungsweisen im Alltag (das zeigen z.B. empirische Studien von Psychologen wie Eva Thomm und Rainer Bromme (2012)). Die von Politik, Wissenschaft und Wissenschaftsjournalismus teils emphatisch, teils höchst kritisch geführte Diskussion um *citizen science* verdankt sich nicht zuletzt der Hypothese, dass gesellschaftlich womöglich relevante Wissensbestände auch anderswo existieren als nur in der Wissenschaft – mehr noch, dass man diese Wissensbestände vielleicht doch irgendwie in die wissenschaftliche Praxis integrieren könnte.

dass
Wissen und
Nichtwissen
sozial und durch
Kommunikation
konstruiert
sind

Wissenschaftliches Wissen

Wie sieht es nun mit dem wissenschaftlichen Wissen aus: Wir können und sollten zwischen individueller Erkenntnis, die der Einzelne zum Beispiel durch Beobachtung oder Einsicht gewinnt, und dem in Lehr-Lern-Kontexten oder durch Nachahmung vermittelten Wissen unterscheiden (wie dies der Erkenntnistheoretiker Peter Janich (2000) vorschlägt). *Erkenntnis*subjekt kann nur der einzelne Mensch sein, *Wissens*subjekt aber neben dem Einzelnen auch eine Gruppe von Menschen oder eine Gesellschaft. Selbst erworbene Erkenntnis hat nachvollziehbarerweise für den Einzelnen erst einmal einen



höheren Geltungsgrad als das Wissen, das sich der Erkenntnis anderer verdankt. Es ist unserer komplexen, hochtechnisierten Wissenswelt (man denke an Etiketten wie „Informations-“ oder „Wissensgesellschaft“) aber schlichtweg nicht möglich, jedem alles Wissen in Form von Erkenntnis zu ermöglichen – schon lange setzen wir auf Arbeitsteilung und Spezialisierung, um Fortschritt zu ermöglichen. Das bedeutet aber auch: Wir müssen uns vielfach darauf verlassen, dass andere guten Grund dazu hatten, ihre Erkenntnisse als verlässliches Wissen weiterzugeben. Für den Einzelnen liegen die Grenzen zwischen den verschiedenen Formen von Wissen und Nichtwissen deshalb auch oft anders als für die Gesellschaft – dies gilt für den Laien wie für den Wissenschaftler. So entsteht für die Gesellschaft Unsicherheit im Hinblick auf die Geltung von Wissensbeständen, wenn sich Experten unterschiedlich zu einem Sachverhalt äußern. Wissenschaftliche Kontroversen zeichnen sich dadurch aus, dass sie verschiedene und womöglich widersprüchliche Wissensangebote machen, wobei sich die einzelnen Vertreter einer Kontroverse meist sehr sicher sind bezüglich der Evidenz und damit der berechtigten Geltung ihrer jeweils eigenen Erkenntnisse. Demgegenüber gibt es aber auch ein wissenschaftliches Wissen, das auch laut wissenschaftsinternem Konsens noch ungewiss ist, zum Beispiel weil Daten fehlen, weil auf der Basis von Daten nur Modellierungen und Szenarien, aber keine sicheren Prognosen erstellt werden können – oder weil man gar nicht ganz sicher ist, auf welche Fragen bestimmte Daten wirklich eine Antwort geben. Die lang erwartete Antwort des Supercomputers in „Per Anhalter durch die Galaxis“ (Douglas Adams) auf die Frage „nach dem Leben, dem Universum und dem ganzen Rest“ sei 42, steht symbolisch für dieses nicht seltene Dilemma der Wissenschaft: Mitunter ist es das Schwierigste, erst einmal die richtige Frage zu finden, damit man mit der Antwort wirklich etwas anfangen kann.

Nun hat die Wissenschaft bzw. haben die einzelnen Disziplinen Praktiken entwickelt, wie mit diesen sehr unterschiedlichen Ungewissheiten methodisch sauber umzugehen ist, wann sie fachintern zu diskutieren sind und wie man in wissenschaftlichen Kontroversen fundiert argumentieren kann. Schließlich ist das *known unknown* der Antrieb und die Rechtfertigung für Wissenschaft schlechthin. Dabei haben sich aufgrund der verschiedenen Forschungsgegenstände disziplinär durchaus unterschiedliche Ansichten entwickelt, was als *wissenschaftlich* zu gelten hat und anzuerkennen ist, was akzeptierte Theorien und Methoden sind und was nicht. So erheben beispielsweise die Naturwissenschaften ihre Evidenzansprüche vorwiegend auf der Basis von Experiment und Beobachtung und haben dabei vor allem zu reflektieren, was genau sie mit ihren Messmethoden messen und was diese Messungen über die Wirklichkeit aussagen. Die Geisteswissenschaften nennen sich dagegen oft Verstehenswissenschaften, hier geht es meist weniger um messbare Evidenz und Berechenbarkeit als vielmehr um Plausibilität und um intersubjektive Nachvollziehbarkeit auf der Basis wissen-

schaftlicher Argumentation. Die Sozialwissenschaften scheinen mit unterschiedlichen Tendenzen in die eine oder andere Richtung dazwischen zu stehen, sofern sie im engeren Sinn empirisch-quantitative mit hermeneutisch-qualitativen Methoden verbinden.

Schon der erfolgreiche interdisziplinäre Austausch zwischen verschiedenen Fächern setzt also eigentlich voraus, dass nicht nur am Forschungsgegenstand selbst gearbeitet wird, sondern dass man sich auch über die erkenntnistheoretische Basis der Beteiligten verständigt, also über die Geltung fachspezifischer Theorien, Methoden, Nomenklaturen etc. Wenn also beispielsweise Physiker und Politikwissenschaftler gemeinsam einen Projektantrag formulieren, um zu erforschen, wie die Widerständigkeit der Technologie von Fusionsreaktoren gegen einen Missbrauch als Waffentechnologie erreicht und abgesichert werden kann, dann müssen sie sich erst einmal und schon vor der eigentlichen Projektarbeit auf Terminologie und Methoden einigen. Dann erweist sich, dass Interdisziplinarität nicht nur einen Mehrwert durch die Kombination verschiedener Perspektiven darstellt, sondern dass die jeweiligen Wissensbestände der Disziplinen diskursiv plötzlich neu behauptet werden müssen.

Wissenschaft und Öffentlichkeit

Gesamtgesellschaftlich spannend wird es nun, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse Gegenstand *öffentlicher* Diskurse werden. Dann gelten nämlich nicht mehr allein die Diskursregeln der Wissenschaft, dann reden auch Politiker, Unternehmen, Lobbyisten, Journalisten, Bürger usw. mit, und zwar mit unterschiedlichen Perspektiven, Interessen und kommunikativen Praktiken. Zweifel zu artikulieren, abzuwägen zwischen Für und Wider, notwendige Einschränkungen von Forschungsergebnissen geltend zu machen – all dies steht dann in einem neuen, anderen Kontext. Es wird von den anderen Akteursgruppen unterschiedlich aufgenommen und akzeptiert oder ignoriert. Journalisten verfolgen andere Kommunikationsziele als Wissenschaftler, und Politik und Wirtschaft haben wiederum andere Interessen – auch, weil die Diskurspraktiken völlig unterschiedliche sind. Wissenschaftliche Aussagen können demnach von unterschiedlichen Akteuren für eigene Zwecke genutzt werden – auch das fällt unter die diskursive Konstruktion von Wissen und Nichtwissen.

Dabei hat Wissenschaft in heutigen westlichen Gesellschaften immer noch einen Vertrauensbonus. Noch werden wissenschaftliche Studien in der Wirtschaft zitiert oder haben Unternehmen eigene Forschungsabteilungen, um Positionen über die Autorität wissenschaftlicher Evidenz zu untermauern. Noch verlassen sich Politiker bei kontroversen Entscheidungen auf wissenschaftliche Gutachten und vertrauen auf deren Expertise. So konnte die ehemalige deutsche Wissenschaftsministerin Annette Schavan 2009 in einer Presseerklärung zur Genehmigung eines öffentlich umstrittenen Meeresdüngungsexperiments namens LOHAFEX ihrer

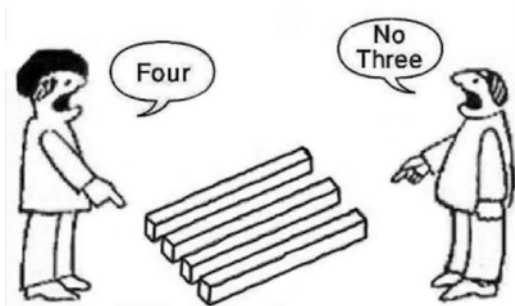
Verantwortung als politische Entscheidungsträgerin gerecht werden, indem sie die Genehmigung folgendermaßen begründete:

„Dabei habe ich mich auf die Bewertungen international anerkannter Institutionen und herausragender Wissenschaftler gestützt, die zu den ökologischen Auswirkungen und dem Verhältnis des Experiments zu den einschlägigen Konventionen Stellung genommen haben. (...) Der Forschungsstandort Deutschland lebt von Exzellenz, Vertrauen und Kooperationsbereitschaft. (...) Mir ist bewusst, dass einige Nichtregierungsorganisationen und in Folge das Bundesumweltministerium (BMU) dieses anders sehen. Für mich waren jedoch die Beurteilungen der Gutachter entscheidend.“ (https://www.wsi.uni-kiel.de/de/forschung/opinions/Pressemitteilung%20BMBF_LOHAFEX.pdf, abgerufen 01.07.2017)

Damit gab sie den Wissenschaftlern Recht, die selbst ebenfalls auf ihrer spezifischen Expertise und der Bewährtheit ihrer Kompetenz und ihrer Erkenntnisse bestanden (aus einer Presseerklärung des betroffenen Alfred Wegener Instituts 2009, online nicht mehr verfügbar):

„Die externen Gutachten bescheinigen, dass das Lohafex-Experiment mit der London-Konvention uneingeschränkt vereinbar ist und auch die Aussagen der CBD-Entscheidung nicht verletzt. Weiterhin bestätigen sie, dass die beteiligten Forscher höchste Reputation genießen und das Experiment den modernsten wissenschaftlichen Standards entspricht. Wer, wenn nicht ein renommiertes Forschungsinstitut wie wir, kann die Daten, die in den internationalen Konventionen für eine fundierte Diskussion gefordert werden, liefern?“

Die Ministerin Schavan ermahnte in ihrer bereits zitierten Presseerklärung die Wissenschaft aber auch, die diskursive Dimension wissenschaftlicher Geltungsansprüche nicht zu vernachlässigen. Damit legt sie den Finger genau auf den Punkt, um den es in diesem Essay, in Bezug auf das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, geht:



„Wie auch andere bedauere ich es, dass es zu einem Konflikt zwischen engagierten Klimaschützern aus der Wissenschaft und ebenso engagierten Umweltschützern gekommen ist. Deshalb ist die Wissenschaft gut beraten, bei potenziell konflikträchtigen Forschungsthemen frühzeitig und proaktiv mit größtmöglicher Transparenz auf Kritiker zuzugehen. Ziel muss es sein, dass Forschungsarbeiten zum Klimaschutz als Basis für konkretes politisches Handeln größtmögliche Akzeptanz finden.“

Wissenschaftshistorische Arbeiten von Robert Proctor und Londa Schiebinger (2008) oder von Naomi Oreskes und Michael Conway (2010) zeigen, dass wissenschaftliche Evidenz

je nach politisch-ökonomischem Interesse schon beim kleinsten damit verbundenen Zweifel hinterfragt oder gar ignoriert werden kann. Die Äußerung solcher Zweifel bezüglich der unterschiedlichen Geltungsgrade und Geltungsbereiche wissenschaftlicher Erkenntnisse gehört aber unbedingt zur Wissenschaft dazu – auch in der wissenschaftsexternen Kommunikation können Ungewissheiten oder beschränkte Geltungsansprüche nicht einfach unterschlagen werden. So kann es dann passieren, dass aus politischem Kalkül wissenschaftlich nachgewiesene Anzeichen für Gesundheitsschädigung durch Tabakkonsum oder Hinweise auf einen durch Menschen verursachten Anstieg der globalen Temperatur nicht zu entsprechenden politischen Maßnahmen führen. Im Fall der USA im 20. Jahrhundert zum Beispiel, weil die Sorge vor den Folgen von regulativen Eingriffen in den freien Markt politisch schwerer wog als die möglichen Folgen eines Abwartens, bis alle Zweifel ausgeräumt, Kontroversen beigelegt und Evidenzen im wahrsten Sinn des Wortes *offensichtlich* geworden sind. Dabei war und ist es ein Teil solcher Diskurse, dass auch die Wirtschaft mit ihren vor allem ökonomischen Interessen ihre Stimme erhebt, dass sie Forschung selbst betreibt oder beauftragt. Dann wird aber möglicherweise plötzlich unklar, welche Wissensbestände eigentlich zu Recht noch mit dem Anspruch auf Wissenschaftlichkeit vertreten und verteidigt werden können – Wissenschaftlichkeit hier im Sinne des von Max Weber vertretenen Ideals einer selbstlosen Verpflichtung auf den Fortschritt und einer damit zwingend verbundenen intellektuellen Rechtschaffenheit.

In Zeiten eines amerikanischen Präsidenten nun, der ökonomische Kriterien über wissenschaftliche Evidenzkriterien stellt, spielt eine *wissenschaftlich* begründete Offensichtlichkeit anscheinend gar keine Rolle mehr, sondern nur noch eine *ökonomische*. Handlungsentscheidend ist plötzlich nicht mehr unbedingt, was wissenschaftliche Geltung beansprucht und bislang als etabliertes Wissen galt, sondern es sind pragmatische Aspekte wie gesellschaftlicher Erfolg, ökonomisch-politische Macht oder einfach nur Geld und Ansehen („America first“). In der englischsprachigen Presse – sowohl in der wissenschaftlichen (*Nature, Science*) als auch in Tageszeitungen (*Washington Post, The Independent, The Guardian*) – wurde Anfang 2017 beispielsweise das Vorgehen der US-Regierung in Bezug auf die Klimaforschung am Beispiel der Kommunikationspolitik der Umweltschutzbehörde „Environmental Protection Agency“ (EPA) kritisch diskutiert. Die deutschsprachige Wikipedia zitiert, anders übrigens als die englischsprachige (!), ausführlich diese Diskussion mit zahlreichen Belegen auf entsprechende Presseartikel:

„Am 25. Januar [2017], fünf Tage nach Amtsantritt, untersagte Trump EPA-Wissenschaftlern, Öffentlichkeit und Journalisten mittels sozialer Medien mit Informationen zu versorgen. Zudem wurden Neueinstellungen von Wissenschaftlern und Forschungszuschüsse bis auf weiteres gestrichen. Ebenfalls ordnete die Regierung Trump an, alle Studien und Daten von EPA-Wissenschaftlern vor ihrer Publikation politisch zu überprüfen, was auch für die Website der EPA gilt. Am selben Tag wurde bekannt, dass auf Anweisung Trumps alle Informationen zur globalen Erwärmung von der EPA-Website gelöscht werden sollten. Einen Tag später wurde dieser Plan nach erheblicher Kritik zurückgezogen. Ende April wurde die Website der EPA schließlich umgestaltet, wobei Seiten mit Klimabezug gelöscht oder ins Archiv verschoben wurden. Unter anderem betraf dies eine Seite, die zuvor als die ‚offizielle Regierungsseite für umfassende Informationen bezüglich Klimawandel und globaler Erwärmung‘ fungiert hatte. Entfernt wurden ebenfalls Daten über große Umweltverschmutzer und Berichte über die Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Gesundheit. Ziel der Änderungen sei es, den neuen Kurs der EPA unter Trump wiederzugeben und Verwirrung durch veraltete Informationen zu vermeiden. (...) Wissenschaft-

ler organisieren bereits seit Dezember 2016, 'Data Rescue Events' (Datenrettungsveranstaltungen), um möglichst viele entsprechende öffentliche Daten zu kopieren und in ein sicheres Archiv abzulegen: sie starteten das Projekt datarefuge.org (dt. 'Datenzuflucht'). Zudem richteten Wissenschaftler unter anderem der EPA anonym inoffizielle Social-Media-Accounts ein, um das Verbot zu umgehen, Forschungsergebnisse über Soziale Medien zu verbreiten." (https://de.wikipedia.org/wiki/Environmental_Protection_Agency, abgerufen am 01.07.2017)

Was also zumindest für die frühere US-amerikanische Regierung unter Barak Obama und für Europa längst als unbestrittenes Wissen galt und durch die Autorität von anerkannten Wissenschaftlern und Forschungsinstitutionen begründet war, wird nun plötzlich ins Archiv verschoben, ist schwer aufzufinden, nach Web-Standards fast schon *unsichtbar*. Dies ist kein diskursives Aushandlungsphänomen bezüglich einer zu begründenden Gültigkeit von Wissen mehr, sondern nur noch die Ausübung von Macht im Hinblick auf die *Sichtbarkeit* von weltweit als wichtig bewerteten wissenschaftlichen Daten und Informationen. Dass Evidenz auch tatsächlich materiell sichtbar bleiben muss, soll dieses Wissen weiterhin genutzt bzw. in seiner Geltung kritisch immer wieder diskutiert werden können, fordert auch die im Wikipedia-Artikel zitierte Seite datarefuge.org. Auf der *About*-Seite dieses Datenportals geht es genau darum: wie Auffindbarkeit und Zugänglichkeit von Klimawissen auch angesichts abweichender politischer Interessen gewahrt werden können – und wie man eine *best practice* eines sicheren Erhalts, aber auch eines umsichtigen und kritischen Umgangs mit wissenschaftlichen Daten etablieren und erhalten kann:

„DataRefuge is a public, collaborative project designed to address the following concerns about federal climate and environmental data:

- What are the best ways to safeguard data?
- How do federal agencies play crucial roles in data collection, management, and distribution?
- How do government priorities impact data's accessibility?
- Which projects and research fields depend on federal data?
- Which data sets are of value to research and local communities, and why?

DataRefuge is also an initiative committed to identifying, assessing, prioritizing, securing, and distributing reliable copies of federal climate and environmental data **so that it remains available to researchers**. Data collected as part of the #DataRefuge initiative will be stored in multiple, trusted locations **to help ensure continued accessibility**." (<https://www.datarefuge.org/about>, abgerufen am 01.07.2017)

Die Frage ist, welche Auswirkungen sich aus dieser politischen Haltung einer Weltmacht für den Rest der Welt ergeben. Sind wir wirklich in einem „postfaktischen Zeitalter“ angelangt, in dem sich wissenschaftliche Erkenntnis einfach wieder *verdecken* und seine Geltung als etabliertes Wissen von Gesellschaften negieren lässt? Werden Archive im digitalen Zeitalter zu schwer auffindbaren *Verstecken* von Wissen statt zu *transparent* strukturierten Orten der Erinnerung und Sicherung von bereits einmal Erkanntem? Was passiert, wenn wissenschaftsinterne Widersprüche, Ungewissheiten und Kontroversen im öffentlichen Diskurs politisch gezielt dazu genutzt werden, um diskursiv etablierte Wissensbestände zu verändern, umzudeuten oder auch gänzlich zu desavouieren und zu demontieren?

Kritik innerhalb und an der Wissenschaft ist und bleibt sinnvoll, notwendig und wichtig. Robert Merton hat den „organized scepticism“ 1938 als einen zentralen Wert für die Wissenschaft postuliert. Andere von ihm vertretene Werte sind „intellectual honesty“, „disinterestedness“ (in Bezug auf

Politik, Wirtschaft oder persönlichen Erfolg), „universalism“ (im Sinn der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit und Wiederholbarkeit wissenschaftlicher Erkenntnis) sowie „communism“ (allgemeine Zugänglichkeit von wissenschaftlicher Erkenntnis). Merton hat vor dem Hintergrund von Nationalsozialismus und Stalinismus zugleich auf die Gefahren hingewiesen, die beispielsweise in Diktaturen drohen, wenn Wissenschaft nur noch der Legitimierung und Unterstützung politischer Interessen zu dienen hat. In Systemen ohne Freiheit von Meinung, Forschung und Lehre wird als offensichtlich nur zugelassen, was politisch auch gewollt ist – anderes wird kontrolliert, verdeckt, verborgen, negiert.

In Demokratien aber sollte das nicht so sein – hier kommt unter anderem dem Journalismus die Aufgabe zu, wissenschaftliches Wissen in eine breitere Öffentlichkeit zu kommunizieren bzw. Forschungsthemen und wissenschaftliche Praktiken in ihrer Relevanz für die Öffentlichkeit zu diskutieren. Zu einem in Deutschland sehr umstrittenen Thema gehört beispielsweise das Geo Engineering, in dessen Kontext das oben bereits erwähnte LOHAFEX-Experiment von vielen Umweltschützern und Medien diskutiert wurde. Unter Geo Engineering werden Technologien zusammengefasst, mit denen dem globalen Temperaturanstieg und dem Klimawandel Einhalt geboten werden sollen, die in ihren Potenzialen und Risiken aber erst erforscht und keineswegs bereits breit angewendet werden. Freilandexperimente gelten zumindest in der deutschen Klimaforschung als sehr bedenklich, eben weil es an Wissen fehlt, wie sich einzelne Maßnahmen an einzelnen Orten weltweit auswirken und inwiefern Effekte solcher Maßnahmen auch wieder rückgängig gemacht werden können. In der deutschen Medienlandschaft wurde das LOHAFEX-Experiment im Frühjahr 2009 demnach auch höchst kritisch diskutiert. Exemplarisch wird hier aus einem mehrseitigen Artikel von Petra Steinberger aus der „Süddeutschen Zeitung“ zitiert, der nach der Genehmigung des Experiments durch Ministerin Schavan unter dem Titel „Spiel ohne Grenzen“ erschien. Der Text ist ein Paradebeispiel dafür, wie Journalisten an Wissensdiskursen teilnehmen und welche unterschiedlichen Rollen sie dabei einnehmen können – sogar im selben Text:

„Und jetzt ist dieses Forschungsschiff tatsächlich unterwegs in Richtung des südlichen Eismeer, um die Welt zu retten. Natürlich sagt man das nicht so laut. Die Forscher vom Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung sind auf der Polarnote, um wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen. (...) Natürlich würde sich, sollte das Experiment funktionieren, eine Möglichkeit eröffnen, CO₂ in großem Rahmen zu absorbieren – und damit das Klima zu stabilisieren. Aber man will keinesfalls Gott spielen oder die Erde manipulieren. Es ist nur ein Versuch. Ein Back-up für den Notfall. [...] Bis vor ein paar Jahren fielen derartige Experimente unter die Rubrik Zukunftsspielchen und Dr.-Seltsam-Phantasien [...]. Nur sind es immer mehr vernünftige Forscher, die inzwischen leise von riesigen Sonnenspiegeln im Weltall träumen und von Flotten künstlicher Wolkenmacher, die das Sonnenlicht ins All zurückwerfen sollen. Nüchtere Forscher träumen von der Düngung der Weltmeere, um CO₂ darin zu versenken, und von Wäldern aus künstlichen Bäumen, die CO₂ aus der Luft nehmen sollen. [...] Wer glaubt, man könne mit Geo-Engineering die Erde wie einen Computer einfach noch einmal neu starten, liegt deshalb falsch. Denn man weiß einfach zu wenig über die Erde als potentiellen Gegenstand solcher Manipulationen, über unvorhergesehene Rückkopplungseffekte. Im Gegenteil, man hat viele schlechte Erfahrungen mit früheren massiven technischen Eingriffen in die Umwelt.“ (<http://www.sueddeutsche.de/wissen/geo-engineering-gegen-klimawandel-spiel-ohne-grenzen-1.493204>, abgerufen am 01.07.2017)

Mittels zahlreicher rhetorischer Figuren (z.B. Metaphern,

Übertreibungen, Wiederholungen, Steigerungen und Gegensätzen), Anspielungen auf Science-Fiction-Filme sowie in einem ironischen Grundton werden hier zahlreiche politische, ökonomische und vor allem wissenschaftlich-technologische Ungewissheiten rund um Geo Engineering und das Meeresspiegelanstiegsexperiment thematisiert (*Denn man weiß einfach zu wenig [...] über unvorhergesehene Rückkopplungseffekte*). Naturwissenschaft erscheint hier ambivalent sowohl als eine seriöse Praxis des Experimentierens und Beobachtens (*Die Forscher [...] sind auf der Polarstern, um wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen.*) als auch als riskantes Spiel (*Spiel ohne Grenzen, Rubrik Zukunftsspielchen, die Erde wie einen Computer nochmal neu starten*) von längst nicht mehr nüchtern denkenden Forschern voller Hybris (*Aber man will keinesfalls Gott spielen*) und Realitätsferne (*Dr.-Seltsam-Phantasien; Forscher, die inzwischen leise von riesigen Sonnenspiegeln im Weltall träumen*). Auf diese Weise bedient die Autorin dieses Textes mit Hilfe von sogenannten „ignorance claims“ verschiedene klassische journalistische Rollen, wie sie von Holly Stocking und Lisa Hollstein (2009) beschrieben wurden: Als Informationsvermittlerin („disseminator“) informiert sie über derzeit diskutierte Optionen des Geo Engineering, als investigative Journalistin („investigative“) klärt sie über die dahinter stehende wissenschaftliche und politische Kontroverse auf, sie warnt mobilisierend („populist mobilizer“) vor wissenschaftlicher Hybris, und sie bezieht am Ende selbst eindeutig Gegenposition zur Genehmigung und Durchführung des genannten Experiments und erfüllt damit die Rolle eines Advokaten der Gegenposition („adversarial“).

Ich weiß, dass ich nichts weiß?

Das Wechselspiel von Wissenschaft und Öffentlichkeit ist also eines, das wohl am besten funktioniert, wenn tatsächlich möglichst *offen* und *klar* Diskurse zu denjenigen Themen stattfinden, die die Wissenschaft beschäftigen und die für die Gesellschaft wichtig und interessant sind, weil sie – *offensichtlich* oder *verdeckt* – Betroffenheit erzeugen: zum Beispiel zu Gentechnik, pränataler Diagnostik, Klimaforschung, Nanotechnik, der Erforschung von umwelt- und gesundheitsgefährdenden Stoffen und vielem mehr. Und zwar unter Einbeziehung aller – der Wissenschaft, der Politik, der Wirtschaft, der Massenmedien, der Gesellschaft. Den oft geäußerten Befürchtungen, dass durch eine solche Offenheit unnötig Ängste geschürt würden, dass dies nur unnötig Sand ins Getriebe streue, kann nur dadurch begegnet werden, dass sich die Offenheit nicht nur auf *Forschungsergebnisse*, sondern auch auf *Forschungsprozesse* und auf die mit Forschung verbundenen *Unsicherheiten* und *Forschungslücken* beziehen muss. Mehr *Transparenz* darüber, welche Erkenntnisprozesse dem wissenschaftlichen Wissen zugrunde liegen, könnte dem Verdacht entgegenwirken, es handle sich hier nur um *vermeintlich Offensichtliches*, um ein Spezialwissen, dessen Quellen irgendwo *im Verborgenen* liegen.

Sinnvoll und wichtig sind daher zusätzliche Meta-Diskurse über die Zugänglichkeit von Wissen, über die Legitimität von Geltungsansprüchen und über den Sinn und Zweck von Spezialisierung und Arbeitsteilung in der Gesellschaft, die zugleich notwendig wie problematisch sind, weil keiner mehr alles wissen und verstehen kann. Diese Meta-Diskurse werden im Moment auch deshalb verstärkt geführt, weil die Wissenschaft durch gewisse Praktiken in die Kritik geraten ist. Martin Böhnert und Paul Reszke (2015) diskutieren vor philosophisch-linguistischem Hintergrund, wie in Diskursen dasjenige zum Offenkundigen werden kann, was erst einmal nur Plausibilität besitzt, was aber über wissenschaftliche Plausibilisierungsstrategien mehrheitsfähig wird und sich gegen andere Alternativen durchsetzt: Wer sich in spezifischen „Verste-

hensumgebungen“ konsistent verhält, also das tut, was man von ihm erwartet, der kann über etablierte kommunikative Muster zur diskursiven Konstruktion von Tatsachen beitragen. Plausibilisierungsstrategien sind laut der beiden Autoren dabei zum Beispiel die Thematisierung von fachlichen Kontroversen, die Herausstellung von Diskrepanzen zwischen spezialisiertem Fachwissen und der breiten Alltagserfahrung, die Kritik an „überholten“ Autoritäten, die Einbettung eigener Aussagen in mehrheitlich vertretene Positionen oder die Betonung der Anschlussfähigkeit eigener Erkenntnisse an den Alltag.

Zu wissenschaftlichen Verstehensumgebungen gehören zudem systemimmanente Zwänge: Wenn nur derjenige in der Wissenschaft weiterkommt, der möglichst rasch möglichst viel (und möglichst prominent) publiziert und genau dadurch seine Exzellenz beweist, dann führt das zu einer Flut von Publikationen. Eine Publikationsflut kann aber überhaupt nur dann sinnvoll sein, wenn sie auch noch rezipiert werden kann. Wenn es also noch Gutachter gibt, die begründet über die Qualität eingereicherter Texte entscheiden können, und wenn es noch Leser gibt, die mehr als Abstracts lesen und mit Hilfe der Erkenntnisse anderer in eigener wissenschaftlicher Arbeit weiteres wissenschaftliches Wissen erzeugen können. Phänomene der letzten Jahre wie die Zunahme von massiven Plagiaten bei Doktorarbeiten, von Datendiebstahl und Datenbetrug sowie von gezielten und systementlarvenden Unsinnartikeln (letztlich z.B. zur Verursacherrolle des männlichen Geschlechtsteils im Blick auf den Klimawandel), die überraschenderweise ungehindert alle Schritte der Qualitätssicherung durchlaufen – sie sind möglich, weil keiner mehr überblicken kann, was alles zum wissenschaftlich Offensichtlichen gehören soll, weder quantitativ noch qualitativ. Und weil wissenschaftliche Arbeitsteilung eigentlich bedeutet, dass man sich auf die intellektuelle Rechtschaffenheit der Beteiligten verlassen können muss.

Meta-Kommunikation über Zugänglichkeit und Geltung von Wissen muss, will sie konstruktiv und produktiv sein, also unbedingt einem integren Argumentationsstil verpflichtet sein. Integre Argumentation bedeutet laut Norbert Groeben und anderer (1993), sich selbst auf formale und inhaltliche Richtigkeit ebenso zu verpflichten wie auf inhaltliche und prozedurale Gerechtigkeit: Wer Geltungsansprüche eines bestimmten Wissens verteidigt oder auch in Frage stellt, hat *folgerichtig* zu argumentieren und seine Position zu *begründen*. Er hat sich um *Aufrichtigkeit*, *sachliche Angemessenheit* und einen *kooperativ-respektvollen* Umgang mit dem Anderen zu bemühen. Die Gegenseite darf nicht durch die Unerfüllbarkeit von Forderungen, durch Diskreditierung oder gar Feindlichkeit behindert oder gar vom Diskurs ausgeschlossen werden. Aggressive, gar anonyme Kommentare und Beleidigungen dienen der Argumentation ebenso wenig wie selbstgerechte „Totschlagargumente“ oder die strategische Behauptung von Alternativlosigkeit. All dies findet sich – begünstigt durch die sozialen Medien – immer häufiger auch in Wissens- und öffentlich geführten Wissenschaftsdiskursen. Deshalb nehmen – zu Recht – auch die Meta-Diskurse zu, wie zum Beispiel in der „KlimaLounge“, einem deutschsprachigen Wissenschaftsblog im Rahmen der Plattform „SciLogs – Tagebücher der Wissenschaft“. Hier müssen sich sowohl Wissenschaftler als auch andere Experten in ihrer Haltung gegenüber Laien der öffentlichen Diskussion stellen (aus den Kommentaren zu einem Klimawandel-Blog, <https://scilogs.spektrum.de/klimalounge/der-anti-treibhauseffekt-herrn-ermecke/>):

Laie X, 24. Juni 2014 13:03

„Ein Amateur wie ich sieht die Treibhausdiskussion wie folgt (...) Fatal! (...) Wie gesagt, so sehe ich das als Nichtfachmensch.“

Blogautor und Klimaforscher, 24. Juni 2014 17:49

„Wie schön, dass Sie als Nichtfachmensch wissen, was die Fachmenschchen so alles falsch machen...“

Laie X, 25. Juni 2014 14:21

„Sehr geehrter Herr [Blogautor],

Eine Reaktion wie diese bringt Ihnen genau den Gegenwind über den Sie sich (mittelbar - siehe Ihren Artikel) beklagen. Das haben Sie doch eigentlich gar nicht nötig. Um die Akzeptanz zu erreichen, die Sie gern hätten, wäre es meiner Meinung nach sinnvoll, wenn Sie ein wenig über Ihren Schatten springen und der Allgemeinheit mehr Zuwendung entgegen bringen würden. Zum Beispiel wäre eine Information darüber hilfreich – und würde sicher einiges an Missverständnissen ausräumen – ob und, wenn ja, warum ich im Irrtum bin. (...)“

Wissenschaftler – und alle, die öffentlich als Experten auftreten – müssen sich gerade heute womöglich *klarer* und *einleuchtender* rechtfertigen, müssen sich wegen ihrer unvermeidlich zunehmenden Spezialisierung kommunikativ-diskursiv wieder neu und mehr öffnen. Statt in der Gewissheit zu verharren, in Sachen Wissen für die breite Öffentlichkeit quasi automatisch und unhinterfragt eine Autorität zu sein, haben sie die lauter werdenden Gegendiskurse in vielen Teilöffentlichkeiten und das *unknown known* wahrzunehmen und anderen Geltungsansprüchen bezüglich agonaler Wissensbestände zumindest durch eine ernsthafte und integre Gegenargumentation Respekt zu bezeugen. Meta-Diskurse müssen daher am Ende Wissenschaftsethik und politisch-ökonomische Ethik ebenso zum Thema machen wie eine für alle Diskursbeteiligten geltende *kommunikative* Ethik.

Nina Janich, Abitur 1988

Dieser Text ist die deutsche Version des Essays „Of evidence and blind spots in scientific and public debates: A view from discourse linguistics“, der für das Projekt META verfasst wurde und dort auf Englisch und Spanisch erschienen ist.

META ist ein Publikations-Projekt der Künstler Mario de Vega und Víctor Mazón Gardoqui in Zusammenarbeit mit der Kuratorin Daniela Silvestrin, dessen Ziel es ist, sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln und durch unterschiedliche Formate und Methoden mit der aktuellen Diskussion um „Post-Truth“, „alternative Fakten“ und „Ignoranz / Nicht-Wissen“ auseinanderzusetzen. Während speziell für das Projekt in Auftrag gegebene Texte inhaltlich in die Tiefe gehen und unterschiedliche Facetten der Diskussion um Strukturen und Dynamiken der Produktion, Kontrolle und Distribution von Information beleuchten, werden diese auf konzeptueller Ebene durch das Zusammenspiel einer Web-Plattform und einer mit ausschließlich transparenter UV-Tinte hergestellten Print-Publikation reflektiert. Die Print-Publikation ist dabei mit einem speziell für das Projekt entworfenen Mikrocomputer ausgestattet, der durch integriertes UV-LED nicht nur die mit UV-Tinte gedruckten Texte zugänglich macht, sondern auch auf Basis drahtloser Mobilfunktechnologie ein offenes Netzwerk herstellt und den Zugang zur META Online-Plattform ermöglicht.

META. Herausgeber: Mario de Vega, Víctor Mazón Gardoqui, Daniela Silvestrin. Erschienen bei ñ/MLTPL, Mexico-Stadt & Berlin, 2018, in Englisch & Spanisch. Mit Beiträgen von Sandra Braman, Jaya Klara Brekle, Nicolas Bullot, Magda Havas, Nina Janich, Rebekka Kiese-wetter, Selena Savic, Nishant Shah.

Das META-Projekt wurde gefördert vom National Fund for the Arts and Culture (FONCA), Mexico, und Sonic Acts, Niederlande

Lektüreempfehlungen

Böhnert, Martin/Reszke, Paul (2015): Linguistisch-philosophische Untersuchungen zu Plausibilität: über kommunikative Grundmuster bei der Entstehung von wissenschaftlichen Tatsachen. In: Engelschalt, Julia/Maibaum, Arne (Hg.): Auf der Suche nach den Tatsachen: Proceedings der 1. Tagung des Nachwuchsnetzwerks „INSIST“, 22.-23. Oktober 2014, Berlin, pp. 40–67. URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn->

de:0168-ssoar-455901.

Dubben, Hans-Hermann/Beck-Bornholdt, Peter (2006): Der Hund, der Eier legt. Erkennen von Fehlinformation durch Querdenken. Reinbek bei Hamburg [1999].

Groeben, Norbert/Schreier, Margit/Christmann, Ursula (1993): Fairness beim Argumentieren. Argumentationsintegrität als Wertkonzept einer Ethik der Kommunikation. In: Linguistische Berichte 47, 355–382.

Gross, Matthias/McGoey, Linsey (eds.) (2015): Routledge International Handbook of Ignorance Studies. London/New York.

Janich, Nina/Rhein, Lisa (Hg.) (in Vorber.): Unsicherheit als Herausforderung für die Wissenschaft. Reflexionen aus Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften. Frankfurt am Main u.a.

Janich, Nina/Zakharova, Ekaterina (2014): Fiktion „gemeinsame Sprache“? Interdisziplinäre Aushandlungsprozesse auf der Inhalts-, der Verfahrens- und der Beziehungsebene. In: Zeitschrift für Angewandte Linguistik 61, 1, 3–25.

Janich, Peter (2000): Was ist Erkenntnis? Eine philosophische Einführung. München.

Lakoff, George/Johnson, Mark (1980): Metaphors We Live By. Chicago.

Merton, Robert (1938): Science and Social Order. In: Merton, Robert: The Sociology of Science. Theoretical and Empirical Investigations. Chicago/London 1973, 254-266.

Oreskes, Naomi/Conway, Erik M. (2010): Merchants of Doubt. How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming. London.

Proctor, Robert N./Schiebinger, Londa (eds.) (2008): Agnotology: The Making and Unmaking of Ignorance. Stanford.

Simmerling, Anne/Janich, Nina (2016): Rhetorical functions of a „language of uncertainty“ in the mass media. In: Public Understanding of Science 25, 8, 961-975. DOI: 10.1177/096366251560668.

Stocking, Holly S./Holstein, Lisa W. (2009): Manufacturing doubt: journalists' roles and the construction of ignorance in a scientific controversy. In: Public Understanding of Science 18, 1, 23-42. DOI 10.1177/0963662507079373.

Thomm, Eva/Bromme, Rainer (2012): „It should at least seem scientific!“ Textual features of „scientificness“ and their impact on lay assessments of online information. In: Science Education 96, 2, 187-211. DOI 10.1002/sce.20480.

Die Aktion **«Unwort des Jahres»** möchte auf öffentliche Formen des Sprachgebrauchs aufmerksam machen und dadurch das Sprachbewusstsein und die Sprachsensibilität in der Bevölkerung fördern. Sie lenkt daher den sprachkritischen Blick auf Wörter und Formulierungen in allen Feldern der öffentlichen Kommunikation, die gegen sachliche Angemessenheit oder Humanität verstoßen, zum Beispiel:

- weil sie gegen das Prinzip der Menschenwürde verstoßen
- weil sie gegen Prinzipien der Demokratie verstoßen
- weil sie einzelne gesellschaftliche Gruppen diskriminieren
- weil sie euphemistisch, verschleiern oder gar irreführend sind.

Wesentlich ist, dass die betreffenden Wörter und Formulierungen öffentlich geäußert wurden, eine gewisse Aktualität besitzen und der Äußerungskontext bekannt bzw. belegt ist.

Die Jury besteht aus vier SprachwissenschaftlerInnen und einem Journalisten, die Sprachkritik auch außerhalb der Universität für relevant halten. Die Jury wird im jährlichen Wechsel durch ein weiteres sprachinteressiertes Mitglied aus dem Bereich des öffentlichen Kultur- und Medienbetriebes ergänzt. Sie arbeitet institutionell unabhängig, d.h. ist weder an einzelne Universitäten, Sprachgesellschaften/-vereine oder Verlage gebunden. Die Jurymitglieder beteiligen sich ehrenamtlich und aus Interesse und verstehen sich als Vermittler öffentlichen Unbehagens an bestimmten Sprachgebrauchsweisen, nicht aber - ein häufiges Missverstehen - als "Sprachschützer".

Die sprachkritische Aktion basiert auf dem Interesse und auf der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger. Jede und jeder kann bis zum 31.12. eines jeden Jahres schriftlich Unwortvorschläge an die Jury einreichen. Die Jury "kriert" also keine Unwörter, sondern wählt nach gemeinsamer Diskussion begründet aus den aktuellen Einsendungen aus.

<http://www.unwortdesjahres.net>